

Nach Ostern: Neue Polarisierung

Was jetzt zu tun wichtig wäre

Sunanda Deshapriya

Die Terroranschläge am Ostersonntag haben das soziale und politische Gefüge Sri Lankas drastisch verändert. Die bestehende ethnische Polarisierung ist Sri Lanka noch lange nicht bewältigt, da wird das Land einer Polarisierung entlang der religiösen Zugehörigkeit ausgesetzt. Zwei Monate, im Juni 2019 nehmen die Spannungen zwischen den Gemeinschaften zu, und in nur fünf Monaten finden Präsidentschaftswahlen statt. Vor diesem Hintergrund skizziert der Text wichtige gesellschaftspolitische Fragen, die von der Regierung und Politik eigentlich dringend aufgegriffen werden müssten.

Unmittelbar nach den Anschlägen erklärte die Regierung den Ausnahmezustand und leitete eine massive Such- und Festnahmeoperation in muslimisch besiedelten Gebieten des Landes ein (s. den Artikel davor). Die islamophobe Propaganda erreichte einen neuen Höhepunkt.

Vom Recht auf Leben

Es steht fest, dass Strafverfolgungsbehörden und die Regierung zuverlässige Informationen über die bevorstehenden Terroranschläge erhalten hatten. In diesen Informationen wurde das Datum der Angriffe genau angegeben, und die Ziele waren weitgehend identifiziert. Die Informationen standen den Strafverfolgungsbehörden seit dem 6. April 2019 zur Verfügung. Hinzu kam ein systembedingtes Versagen des nationalen Sicherheitsapparats mitsamt seiner politischen Führung, die außer der Gefahr durch extremistische Tamilen sich keine weitere, systemrelevante Gefahrenquelle vorstellen konnte.

Am Tag nach den Anschlägen erließ der Präsident neue Notstandsbestimmungen. Die Verordnung befugte die einschlägigen Behörden, die Veröffentlichung oder Übermittlung von Informationen zu beschränken, die die nationale Sicherheit oder ähnliche Ziele beeinträchtigen könnten. Aufgrund dieser Verordnung kann eine Person

bis zu 90 Tage in Haft genommen werden, ohne ein Gericht einschalten zu müssen.

Nach den Osterangriffen wurde ein persönlicher Konflikt zwischen einem singhalesischen Christen und einem Muslim zum Anlass genommen, um gegen die muslimische Gemeinschaften mit Gewalt vorzugehen. Die Nationale Menschenrechtskommission von Sri Lanka äußerte in einem Schreiben vom 23. Mai an den nationalen Polizeichef ganz offen die Vermutung, dass Polizisten in Komplizenschaft mit den Mobs handelten oder die Taten geschehen ließen.

Wir stellen fest, für Angehörige der Christen, Muslime, Tamilen und anderer Minderheiten gilt das Recht auf Leben nur eingeschränkt. Es bleibt die fatale Schlussfolgerung, dass all die genannten Bevölkerungsgruppen allenfalls begrenzt Vertrauen in das Funktionieren des Staates und seiner Sicherheitsorgane haben können. Eventuell ist dies auch die beabsichtigte Botschaft wenige Monate vor der Wahl, so dass ein Führer, der aufräumt, gute Chancen bei der Wahl hat.

Zur Rolle der Medien

Es wäre noch einiges zu sagen in Bezug auf die Diskriminierung der muslimischen Bevölkerung oder der Aushöh-

lung der demokratischen Werte durch theokratische Politikmuster. An dieser Stelle noch ein Wort zu den Medien. Am 21. Juni gab die Menschenrechtskommission Richtlinien für die Medien heraus, um die Verbreitung von anti-muslimischen Stimmungen zu verhindern. In der Zwischenzeit hat das Ministerkabinett einen Vorschlag zur Überarbeitung des Strafgesetzbuchs und der Strafprozessordnung gebilligt. Alle, die falsche Nachrichten verbreiten und Hassreden halten, die das Zusammenleben und die nationale Sicherheit gefährden, können mit einer Geldstrafe oder Haftstrafe belangt werden. Was dabei berechtigte Sorge über Hetze und was bereits Zensur für unliebsame Informationen ist, bleibt im Unklaren. Auf jeden Fall scheint die Regierung gewillt, chinesische Technologie zur Überwachung sozialer Medien im Land zu erwerben.

*Aus dem Englischen übersetzt
von Theodor Rathgeber*

Zum Autor



Sunanda Deshapriya ist freier Journalist, lebt seit 2009 zeitweise in der Schweiz, schreibt regelmäßig Kolumnen für Medien in Sri Lanka und betreibt eine englischsprachige Webseite (<http://srilankabrief.org/>).